

Europa ist (noch) kein Politikum im Land

Euroskepsis ist in Liechtenstein kein verbreitetes Phänomen. Aber bei der DpL sind Tendenzen für einen eurokritischen Kurs erkennbar.

Die politische Landschaft Europas war in den vergangenen Jahren zunehmend geprägt von euroskeptischen Bewegungen und Parteien. Der Einfluss, den diese Bewegungen auf den europäischen Integrationsprozess ausüben, ist seit dem Brexit-Referendum unverkennbar.

Wie sieht die Situation aber in Liechtenstein aus? Wie stehen die Parteien im Fürstentum zur europäischen Integration? Christian Frommelt, Forschungsbeauftragter im Bereich Politik des Liechtenstein-Instituts, veröffentlichte letzte Woche einen Bericht zu dieser Fragestellung im Rahmen des Sammelbandes «Euroscepticism and the Future of Europe».

Die Frage, ob die Liechtensteiner Politik von Euroskeptizismus geprägt ist, beantwortet der Politikwissenschaftler mit einem «Jein». Einerseits hat bisher keine politische Gruppierung offen den EU-Beitritt gefordert. Somit können in gewissem Masse alle Parteien als euroskeptisch gelten. Andererseits stehen die Parteien hinter

der Europapolitik der liechtensteinischen Regierung. Niemand stellt die Zugehörigkeit zum Europäischen Wirtschaftsraum ernsthaft in Frage. Folglich ist auch keine Partei wirklich euroskeptisch.

Schwenkt die DpL in die Bahnen der SVP ein?

Frommelt räumt aber ein, dass es bei den Demokraten pro Liechtenstein (DpL) Anzeichen gebe, sich stärker euroskeptisch zu positionieren. So haben die Demokraten als Grundwerte in ihren Statuten der «souveräne Staat», «unabhängig und selbstbewusst» aufgeführt. In einem Medienbeitrag vertrat die Gruppierung zudem die Ansicht, dass «unser Land» immer stärker «durch Brüssel fremdbestimmt» werde. «Das sind typische euroskeptische Argumente, wie wir sie in der Schweiz von der SVP kennen», erklärt Frommelt. Aber es sei festzuhalten: Es handele sich hier nur um Einzelbeispiele, die nicht überbewertet werden sollten. Auch gilt abzuwarten,



Christian Frommelt: «Es fehlen aktuell die Alternativen zur EWR-Mitgliedschaft.»
Bild: Tatjana Schnalzger

was der Wahlkampf bringt. In der Schweiz vermochte die SVP mit einem eurokritischen Kurs ihre Wählerschaft seit Beginn der 1990er-Jahre fast zu verdreifachen. Hätte eine euroskeptische Partei in Liechtenstein dasselbe Wachstumspo-

tenzial? «Aktuell denke ich nicht, dass es mit einem euroskeptischen Kurs viel zu gewinnen gibt, da der EWR gemäss aktuellen Umfragen einen grossen Rückhalt in der Bevölkerung genießt», führt Frommelt aus. «Wahrscheinlich würde

mit einem euroskeptischen Kurs vor allem die ohnehin bereits bestehende Klientel rechts der politischen Mitte bedient werden.»

In der Liechtensteiner Politik besitzt das Thema europäische Integration nicht ansatzweise jene Brisanz, die es in anderen Staaten genießt. Eine Erklärung sieht Frommelt darin, dass der EWR im Gegensatz zur EU wenig politische Angriffsfläche biete. Im EWR werden – zumindest formell – keine nationalen Souveränitätsrechte an eine gemeinsame Institution übertragen. Sensible Politikfelder wie justizielle Zusammenarbeit oder Wirtschaftspolitik sind ebenfalls nicht Teil des EWR-Abkommens. Darüber hinaus gestaltet sich die Mitgliedschaft für Liechtenstein bisher sehr erfolgreich. Das Land erhielt einen freien, rechtlich abgesicherten Zugang zum Binnenmarkt der Europäischen Union. Dies verlieh der Wirtschaft seit dem EWR-Beitritt einen überdurchschnittlichen Wachs-

tumsschub. «Es fehlen aktuell die Alternativen zur EWR-Mitgliedschaft», so Frommelt.

Kleinststaaten in der EU: San Marino geht voran

Umgekehrt überrascht es, dass bisher keine Partei den EU-Beitritt forderte. Frommelt erklärt sich diesen Umstand mit der Frage der Grössenverträglichkeit. Bereits beim EWR stellte sich die Frage, ob das Land eine Mitgliedschaft zu stemmen vermag. «Ein EU-Beitritt wäre da sicherlich nochmals eine grössere Herausforderung» betont der Politikwissenschaftler.

San Marino zeigt hingegen, dass auch in Kleinststaaten der EU-Beitritt ein Thema sein kann. San Marino stimmte 2013 darüber ab, ob ein EU-Beitritts-gesuch gestellt werden soll. Eine Mehrheit der San-Marinesen befürwortet das Gesuch. Aber die Volksabstimmung wurde letztlich für ungültig erklärt, weil die Wahlbeteiligung zu niedrig war.

Elias Quaderer